



## EUROPÄISCHE WEHRTECHNISCHE INDUSTRIE: DIE ROLLE DES MITTELSTANDS

*Angelika Niebler*

**„WIR STEHEN AN DER SEITE UNSERER SOLDATINNEN UND SOLDATEN“**

*Interview mit Markus Söder über die Bundeswehr*

**DIMENSION WELTRAUM: DIE LUFTWAFFE UND IHRE VERANTWORTUNG**

*Aarne Kreuzinger-Janik*

**DIE HERAUSFORDERUNGEN DER NEUEN EU-KOMMISSION**

*Interview mit Monika Hohlmeier*



LIEBE LESERINNEN UND LESER,  
LIEBE FREUNDE DES ASP,

Umfragen zeigen, dass eine gemeinsame europäische Verteidigung zu den wichtigsten Anliegen der europäischen Bürger gehört. Hier hat die EU noch großes Potential, um einen echten Mehrwert zu bringen. Die Konflikte und Bedrohungen der Zukunft werden zunehmend global und staatenübergreifend. Die Antworten darauf können nur multinational sein. Deshalb brauchen wir endlich eine gemeinsame europäische Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik, die den Namen auch verdient.

Und wir brauchen eine gemeinsame Strategie. Nur durch eine Kombination aus Diplomatie, selbstbewussten Verteidigungsfähigkeiten und Entwicklungszusammenarbeit werden wir in der Lage sein, weltweit Stabilität zu gewährleisten sowie Frieden und Ordnung zu schaffen und erhalten zu können. Dazu braucht es jedoch auch militärische Stärke als Mittel der Außenpolitik. Die Anwendung militärischer Gewalt darf nie das bevorzugte, muss aber gegebenenfalls das äußerste Mittel der Politik sein.

Voraussetzung dafür sind leistungsfähige und einsatzbereite Streitkräfte, um auf aktuelle und künftige Herausforderungen reagieren zu können. Nur eine gut ausgerüstete und ausgebildete Bundeswehr kann das breite Spektrum an Anforderungen erfüllen, von weltweiten Auslandseinsätzen bis zur Landes- und Bündnisverteidigung in Europa. Zumal die Herausforderungen nicht geringer werden.

Im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung müssen Deutschland und Europa den Anspruch haben, über moderne Streitkräfte zu verfügen, die den weltweiten Bedrohungen gewachsen sind. Themen wie Cyber, KI, Space oder Hyper-schall begegnet man nicht mit Systemen aus den 80ern. Zukunftsweisende Projekte müssen jetzt auf den Weg gebracht werden, um sie in naher Zukunft zur Verfügung zu haben.

Im vorliegenden Heft spricht der bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder über die aktuelle Lage und die zukünftigen Herausforderungen der Bundeswehr. Außerdem geht es neben der bereits skizzierten europäischen Dimension der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik um die Verantwortung der Luftwaffe für die Raumfahrt.

Viel Spaß bei der Lektüre.

Mit besten Grüßen

Ihr Florian Hahn, MdB

Landesvorsitzender des ASP

Stv. Generalsekretär der CSU



Angelika Niebler

# EUROPÄISCHE WEHR- TECHNISCHE INDUSTRIE: DIE ROLLE DES MITTELSTANDS

ANGELIKA NIEBLER

## Globale Herausforderungen – europäische Lösungen

In einer interdependenten Welt, die uns immer häufiger vor globale außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen stellt, überschreitet die Suche nach Lösungen für Sicherheit und Frieden oft die Handlungsfähigkeit einzelner Nationalstaaten. Für uns Europäer liegt die Antwort in zunehmender Kooperation, auch um unsere unabhängige Handlungsfähigkeit in diesem Politikfeld weiter zu stärken. Neben einer starken gemeinsamen europäischen Stimme auf dem diplomatischen Parkett bedarf es dazu auch militärischer Fähigkeiten, um den sicherheitspolitischen Herausforderungen angemessen begegnen zu können.

Auch wenn das langfristige Ziel einer zunehmenden europäischen Streitkräfteintegration und der Europäischen Verteidigungsunion noch am Horizont liegt, wurden doch wichtige Schritte in der europäischen Zusammenarbeit vollzogen. Mit der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) besteht zwischen 25 Mitgliedstaaten eine engere Zusammenarbeit in der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die damit ganz konkrete Schritte in Angriff genommen haben. So sollen beispielsweise die Krisenreaktionskräfte der EU (Battlegroups) durch Bereitstellung von Logistik und Personal gestärkt werden und die Abstimmung der Streitkräfte in Strategie und Ausrüstung weiter vorangetrieben werden.

## Sicherheit durch eine starke europäische Wirtschaft

Neben der zunehmenden Kooperation auf militärpolitischer Ebene gibt es jedoch auch ein klares Bekenntnis zur wirtschaftlichen Kooperation in diesem wichtigen Bereich. Denn auch die Infrastruktur im Rüstungssektor gehört zur Sicher-

heitsvorsorge von Europa. Mit der Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds hat die Europäische Union hier eine wichtige Koordinationsaufgabe übernommen. Durch eine Kofinanzierung von gemeinsamen strategischen Rüstungsprojekten, die den Kriterien der Interoperabilität entsprechen, werden klare Anreize für eine engere Zusammenarbeit in der wehrtechnischen Forschung, Entwicklung und Beschaffung gesetzt. In den Finanzjahren 2019/2020 sind 590 Mio. Euro vorgesehen, um die nationalen Verteidigungsausgaben zu ergänzen und zu verstärken. Für den mehrjährigen Finanzrahmen der Jahre 2021 bis 2027 sind 13 Mrd. Euro für den Verteidigungsfonds eingeplant. Damit sollen Projekte gefördert werden, die von mehreren Unternehmen aus verschiedenen europäischen Staaten entwickelt werden. So entstehen auch Anreize für die grenzüberschreitende Kooperation auf dem europäischen Binnenmarkt im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.



Erfolgsfaktor Mittelstand

Im Rahmen von PESCO haben sich die beteiligten Mitgliedstaaten darauf verpflichtet, sowohl den Verteidigungshaushalt, als auch den Anteil der darin enthaltenen Rüstungsausgaben zu erhöhen. In Verbindung mit der europäischen Kofinanzierung aus den Mitteln des Europäischen Verteidigungsfonds sind hier zunehmende Investitionen zu erwarten, die eine klare Chance für die wehrtechnische Industrie in Europa darstellen. Dabei sind die politischen Instrumente zur verstärkten Kooperation auch ganz eindeutig als Chance für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu verstehen. Waren diese in den letzten Jahrzehnten noch vornehmlich auf die nationalen Verteidigungsplanungen und deren Haushalte beschränkt, so tun sich mit der europäischen Integration dieses Sektors neue Möglichkeiten auf.

### **Erfolgsfaktor Mittelstand: Synergien für Europa, Deutschland und Bayern**

Die Europäische Kommission hat klargemacht, dass sie die Teilhabe der KMU an den Investitionen des Verteidigungsfonds sicherstellen will. Das ist auch in jedem Fall geboten, denn insbesondere in der wehrtechnischen Industrie spielen KMU eine herausgehobene Rolle. Rund die Hälfte der Wertschöpfung in diesem Wirtschaftszweig findet bei mittelständischen Betrieben statt. Damit stellt sich der Mittelstand nicht nur als wirtschaftlich hoch relevant dar, sondern ist zugleich Teil des Rückgrats unserer europäischen Sicherheitsvorsorge.

Diesem Umstand muss politisch Rechnung getragen werden, gerade wenn es um die Herausforderungen für KMU geht.

Es ist also konsequentes politisches Engagement gefragt, um gemeinsam mit der europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten dafür zu sorgen, dass die zunehmenden Bemühungen um eine europäische Verteidigungsindustrie tatsächlich den KMU zugutekommen. Es muss sichergestellt sein, dass KMU einen guten Zugang zur Teilnahme an den europäischen Ausschreibungen erhalten und als strategisch wichtiger Teil der verteidigungsindustriellen Infrastruktur von Europa Anteil an der Förderung aus europäischen Mitteln haben. Dazu ist es auch wichtig, dass die verschiedenen Ebenen der europäischen Demokratie an einem Strang ziehen. Die Mitgliedstaaten sind hier gefragt, um Vergabeverfahren so zu gestalten, dass die Teilhabe von KMU erfolgreich gelingt, während die Kommission sicherstellen muss, dass finanzpolitische Instrumente genutzt werden, um die KMU der Verteidigungsindustrie in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen.

Erfolgreiche Synergien auf europäischer Ebene bedeuten auch eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts Bayern. Die wehrtechnische Industrie ist bei uns tief im Mittelstand verwurzelt, kein anderes Bundesland hat so viele wehrtechnische Betriebe. Mit den Hochtechnologie- und Industriestandorten Ottobrunn und Taufkirchen ist Bayern ein Zentrum der deutschen Verteidigungsindustrie mit mehreren tausend Arbeitsplätzen und ein Motor für zukünftige Innovation. Ein funktionierender europäischer Binnenmarkt mit einem Förderumfeld für KMU im Bereich der Verteidigungsindustrie käme diesem Zweig der bayrischen Wirtschaft zugute und wäre ein sichtbares Zeichen für den Mehrwert, den europäische Kooperation auch für unsere Heimat bedeutet.

Für eine zukunftsfähige Außen- und Sicherheitspolitik der europäischen Union muss eine zunehmende militärische Kooperation von der Entwicklung einer starken und innovativen europäischen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie begleitet werden. Ein wichtiger Schlüssel dazu sind die kleinen und mittleren Unternehmen dieser Branche, gerade auch in Bayern.

### **Prof. Dr. Angelika Niebler, MdEP** Präsidentin des wbu

Vertritt seit 1999 für die CSU den Regierungsbezirk Oberbayern und München im Europäischen Parlament. Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie. Stellv. Mitglied im Rechtsausschuss und Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zu den USA. Seit 2018 Präsidentin des Wirtschaftsbeirats der Union. Seit 2015 stellv. Parteivorsitzende der CSU. Mitglied des Kuratoriums der TU München, Mitglied des Senats der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften und seit 2014 stellv. Präsidentin des Stiftungsrats der Stiftung SWP Stiftung Wissenschaft und Politik.

# DIMENSION WELTRAUM: DIE LUFTWAFFE UND IHRE VERANTWORTUNG

## AARNE KREUZINGER-JANIK



Arne Kreuzinger-Janik

Deutschland ist heutzutage in vielerlei Hinsicht von der Nutzung des Weltraums abhängig. Nicht nur die Fähigkeit zur staatlichen Krisen- und Risikobewertung und wesentliche Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge, auch das Funktionieren unserer vernetzten Wirtschaft und Gesellschaft sind in alltäglichen Dingen von Dienstleistungen und Produkten abhängig, die durch Satelliten zur Verfügung gestellt werden.

Gleiches gilt für die Bundeswehr – Aufklärung, Kommunikation sowie exakte Positionsbestimmung, Navigation und Zeitfestlegung stützen sich in hohem Maße auf Weltraumsysteme ab.

Sowohl diese Abhängigkeit als auch Gefährdungen und Bedrohungen gegen Weltraumsysteme werden oft unterschätzt, da sie abstrakt und sprichwörtlich weit entfernt sind – die Kommunikationssatelliten der Bundeswehr schweben etwa 36.000 km über der Erdoberfläche im sogenannten geostationären Orbit während die SAR-Lupe Aufklärungssatelliten bei etwa 500 km Höhe im „low-Earth Orbit“ ihre Bahnen ziehen.



SAR-Lupe Aufklärungssatellit im Orbit (Quelle: Bundeswehr)

Das ressortgemeinsam von Luftwaffe und dem Raumfahrtmanagement des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt betriebene Weltraumlagezentrum in Uedem stellt seit 2011 Dienste zur Kollisionsvermeidung für ausgewählte Satelliten sowie Risiko- und Gefährdungsbewertungen für Wiedereintrittsereignisse und für Einflüsse des Weltraumwetters zur Verfügung. Es ist der zentrale Ansprechpartner der Bundesregierung für alle Belange der Weltraumlage und nimmt diese Aufgabe für das Gebiet Deutschlands, Europas und die Einsätze der Bundeswehr seit 2016 rund um die Uhr wahr.

Am 27. März 2019 hat Indien – als vierte Nation insgesamt – den erfolgreichen Test einer, im eigenen Land entwickelten, Anti-Satellitenwaffe gegen einen eigenen Satelliten in knapp 300 km Höhe verkündet. Dies zeigt beispielhaft, dass zunehmend neue, gezielt gegen Satelliten, ihre Bodensegmente und die Datenverbindungen gerichtete Systeme entwickelt und als Maßnahmen des elektronischen Kampfes, Anti-Satellitenwaffen, Lasersysteme oder Cyberangriffspotenziale – oft mit einer ausgeprägten dual-use-Problematik – verbreitet werden. Vor diesem Hintergrund muss das bisherige Aufgabenspektrum des Weltraumlagezentrums ausgeweitet werden, um kritische deutsche Weltrauminfrastrukturen vollumfänglich zu schützen.

Als Reaktion auf diese Entwicklung stuft die Konzeption der Bundeswehr (KdB) den Weltraum seit 2018 als eigenständigen Operationsraum ein. Die Überwachung kritischer Weltrauminfrastrukturen wird unter Heimatschutz zu den Aufgaben der Bundeswehr gezählt und erfolgt durch die Dauereinsatzaufgabe „Weltraumnutzung“, auch in ressortübergreifender und multinationaler Zusammenarbeit. Gleichzeitig wird die Relevanz des Weltraums für die Einsätze der Bundeswehr im Rahmen des internationalen Krisenmanagements und für die Landesverteidigung – auch hinsichtlich hybrider Bedrohungen – betont. Die KdB fordert zudem die ständige

militärische Kontrolle über militärische Weltraumsysteme, um verzugslos, unabhängig und souverän auf krisenhafte Entwicklungen reagieren zu können. Die Überwachung kritischer Weltrauminfrastrukturen wird auch als subsidiärer Beitrag der Bundeswehr zur gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge verstanden.

Im Rahmen der Planungen für das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr wurde daher der „Systemverbund Weltraum“ entwickelt und federführend der Luftwaffe zugewiesen. Dieser zeichnet den erforderlichen Fähigkeitsaufwuchs der kommenden Jahre vor, um von der Befähigung zur Erstellung einer Weltraumlage zu eigenständigen Weltraumoperationen im Einklang mit rechtlichen Vorgaben und der uneingeschränkten Nutzbarkeit des Weltraums zu gelangen und definiert die hierzu erforderlichen personellen und materiellen Ressourcen.

Die Luftwaffe erweitert hierzu, über den bisherigen Anteil am ressortgemeinsamen Weltraumlagezentrum hinaus, ihr Fähigkeitsspektrum zu einem Zentrum Weltraumoperationen unter Führung des „Generals Weltraumoperationen“. Im Rahmen eines personellen Aufwuchses um etwa 80% ab 2021 wird eine neue Gruppe aufgestellt, die u.a. Weltraumoperationen zum Schutz kritischer Weltrauminfrastrukturen planen und führen sowie hierzu verstärkt multinational mit besonders befähigten Partnern kooperieren soll – sowohl innerhalb Europas, aber auch in globaler Hinsicht eng mit den USA, deren zukünftige „Space Force“ nach aktuellen Entwürfen eine Personalstärke von etwa 15.000 aufweisen würde. Außerdem wird insgesamt die Befähigung zum 24-Stunden Schichtbetrieb gestärkt sowie ein Dezernat für die Aufsicht über den Satellitenbetrieb der Bundeswehr eingerichtet, um der Forderung nach militärischer Kontrolle über die eigenen Satelliten jederzeit gerecht zu werden.

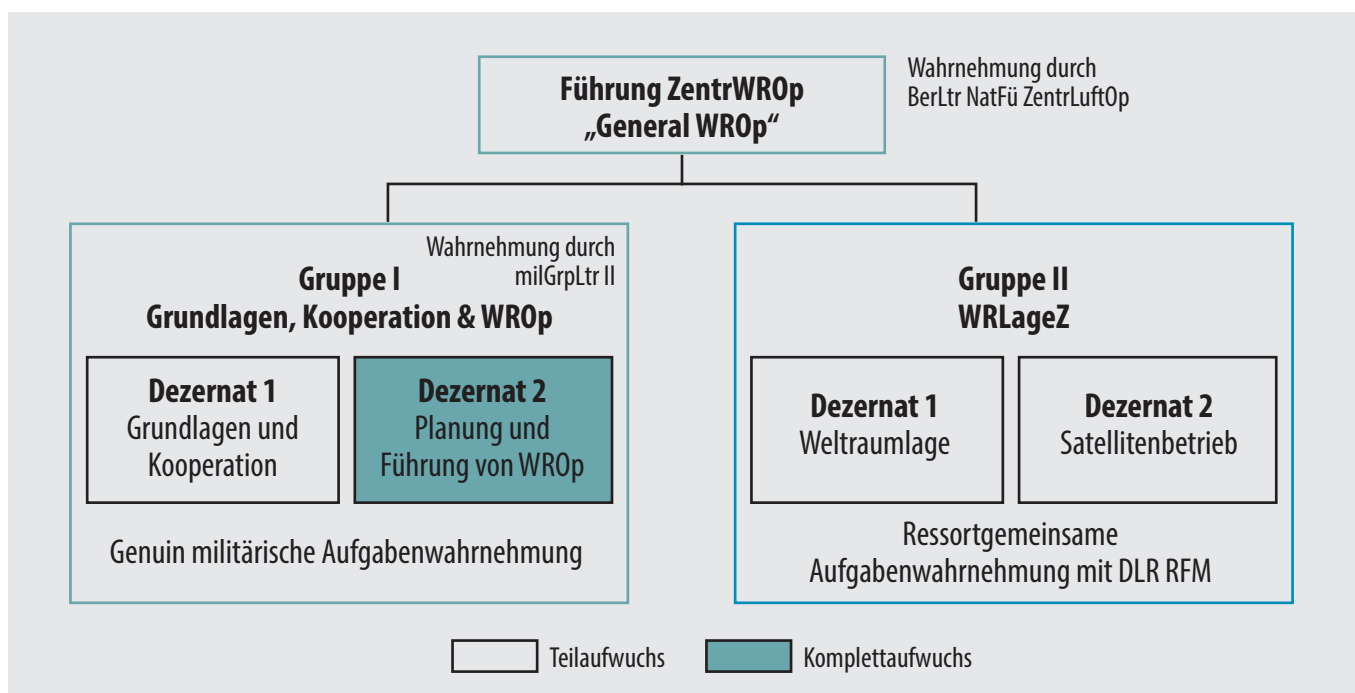
Ein entscheidender Faktor für die erforderliche Fähigkeitsentwicklung ist die Beschaffung eigener Weltraumüberwachungssensorik für die Luftwaffe, die militärischen Anforderungen an Härting, Redundanz und Einsatzverfügbarkeit entspricht. Die hierzu erarbeitete Initiative „System zur Weltraumüberwachung“ sieht die Aufstellung einer Sensorarchitektur aus Radargeräten, Teleskopen und Lasersystemen zur Entfernungs- und Bahnvermessung schrittweise ab 2025 vor. Die Dislozierung dieser Sensoren wäre, in Absprache mit Partnern, auch außerhalb Deutschlands denkbar, was die Erfassungsbereiche deutlich erweitern würde. Die Initiative „System zur Weltraumüberwachung“ liegt aktuell im BMVG zur Prüfung auf Aufnahme in die Mittelfristplanung vor.

Mit dem personellen Aufwuchs und bei Umsetzung der Initiative „System zur Weltraumüberwachung“ wird die Luftwaffe, durch das Zentrum Weltraumoperationen, ihre Verantwortung für die Dimension Weltraum bedrohungsgerecht wahrnehmen können und damit einen wichtigen Beitrag zum Heimatschutz sowie zu den Einsätzen und Einsatzgleichen Verpflichtungen der Bundeswehr leisten.

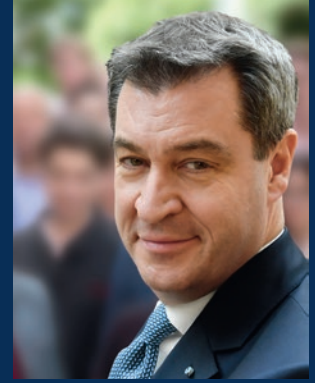
### Generalleutnant a.D. Aarne Kreuzinger-Janik

Präsident der Interessengemeinschaft  
Deutsche Luftwaffe e. V. (IDLw)

Die IDLw führt in Berlin und Köln Veranstaltungen zum übergreifenden Gedankenaustausch zwischen Fachpolitikern, Experten aus der Luftwaffe, der militärischen Luftfahrtindustrie und den Mitgliedern durch, fördert Fachbücher zur Geschichte der Luftwaffe und fördert Projekte zur Nachwuchsförderung für luftfahrtinteressierte Jugendliche im Bereich Luft- und Raumfahrt, Flugsimulation und Segelflug.



# „WIR STEHEN AN DER SEITE UNSERER SOLDATINNEN UND SOLDATEN“: INTERVIEW MIT MARKUS SÖDER ÜBER DIE BUNDESWEHR



Markus Söder

**Frage:** Wie beurteilen Sie die aktuelle Lage der Bundeswehr?

**Söder:** Die Bundeswehr ist wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft. Und ihr Anforderungsprofil geht weit über das wahrgenommene Profil der Verteidigung hinaus. Natürlich steht die Bundeswehr vor diesem Hintergrund vor personellen und finanziellen Herausforderungen. Die Wehrhaftigkeit unseres Landes muss gesichert und gestärkt werden und deshalb setzen wir uns als CSU für eine deutliche Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung der Bundeswehr ein, damit sie auch den kommenden, globalen Herausforderungen gewachsen ist. Zum einen beim Thema der Auslandseinsätze und zum anderen bei der Cyber-Sicherheit sehen wir großes Potential für unsere Bundeswehr. Hier bedarf es dem Aufbau resilienten und zuverlässiger Strukturen, die gewährleisten, dass wir dazu in der Lage sind unsere Bündnisverpflichtungen vollumfänglich wahrzunehmen.



v.l.n.r. Thomas Silberhorn, Markus Söder, Florian Hahn

**Frage:** Dafür müssen aber auch die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Sehen Sie hierfür auch die notwendige Unterstützung von Seiten des Verteidigungsministeriums?

**Söder:** Die CSU spricht sich klar für die Einhaltung des Zwei-Prozent-Ziels aus. Das war ein wichtiges Signal, sowohl an unsere Verbündeten, als auch an unsere Soldatinnen und Soldaten. Es verdeutlicht das Selbstverständnis der CSU als Partei und als Unterstützer unserer Bundeswehr: Wir stehen an der Seite unserer Soldatinnen und Soldaten. Unsere Vertei-

digungsfähigkeit muss uns wieder mehr Wert sein. Deshalb braucht es mehr Geld aus dem Bundeshaushalt. Wir müssen bis 2024 die 1,5 % erreichen und danach das klare Ziel der 2% anpeilen. Im Übrigen geben die meisten, auch deutlich weniger wirtschaftsstarken NATO-Mitglieder im Verhältnis mehr für unsere gemeinsame Sicherheit aus als wir. Nur durch mehr Investition können wir ein verlässlicher Partner für unsere Verbündeten sein und dem Anspruch Genüge tun, den die NATO und die EU zurecht an uns stellen.

**Frage:** Neben den finanziellen Mitteln spielt die Personalentwicklung der Bundeswehr eine essentielle Rolle. Wie wollen Sie die Bundeswehr wieder für eine breitere Zielgruppe zu einem attraktiven Arbeitgeber machen?

**Söder:** Soldaten und Zivildienstbeschäftigte bestätigen uns immer wieder, dass die Bundeswehr bereits ein attraktiver Arbeitgeber ist. Allerdings ist die Wahrnehmung in der Bevölkerung oft eine andere. Deshalb müssen wir die Bundeswehr in unserer Gesellschaft sichtbarer machen. Dass Soldaten ab 2020 kostenfrei mit der Bahn fahren können, ist eine von uns durchgesetzte Idee, und zeigt den Soldaten unsere Wertschätzung ihres nicht selbstverständlichen Dienstes für unser Land. Wenn hingegen politische Kräfte des linken Lagers beispielsweise Jugendoffiziere nicht mehr an unseren Schulen über die Bundeswehr informieren lassen wollen, setzt das ein vollkommen falsches Signal. Wir müssen besonders jungen Menschen die Möglichkeit bieten, mit Soldaten über ihren Beruf ins Gespräch zu kommen. Nur so können wir die Akzeptanz für die Arbeit der Bundeswehr erhöhen.

**Frage:** Mit dem „Deutschland-Praktikum“ möchte die CSU wieder mehr junge Menschen für die Bundeswehr gewinnen. Können Sie uns die Idee hinter diesem Vorschlag näher erläutern?

**Söder:** Das Deutschland-Praktikum geht über eine bloße Nachwuchsgewinnung hinaus. Vielmehr sollen die jungen Erwachsenen für den Dienst an der Gesellschaft begeistert werden. Denn ob sie diesen dann tatsächlich bei der Bundeswehr oder einer anderen – staatlichen, sozialen, ökologischen oder zivilgesellschaftlichen – Einrichtung ableisten,

spielt dabei eine weniger wichtige Rolle. Am Ende soll das Deutschland-Praktikum sowohl einen Mehrwert für den Staat und die Gesellschaft als auch für jeden einzelnen jungen Menschen mit sich bringen. Wir wollen bei jungen Menschen ein Bewusstsein für gesellschaftliche Verantwortung und Engagement schaffen. Das stärkt gesellschaftlichen Zusammenhalt und ist im Übrigen auch ein nicht zu verachtender Faktor im Bereich der Integration und Inklusion.

**Frage:** Im Zentrum der modernen Verteidigungspolitik steht die internationale Kooperation. Wie stehen Sie zu einer europäischen Armee?

**Söder:** Wir können die Aufgaben unserer modernen Verteidigungspolitik nicht isoliert von Europa betrachten. Konflikte müssen in ihrem globalen Kontext bewertet werden, gleichzeitig erleben wir in vielen Regionen der Welt eine Erosion staatlicher Macht. Es treten zunehmend nichtstaatliche Akteure wie Milizen und Söldnertruppen in internationalen Konflikten auf. Ebenso stehen große Zukunftsaufgaben in den Bereichen Land, Luft, See und Cyber vor der europäischen Verteidigungsunion. Durch gemeinsame Kommandostrukturen kann die EU effektive und effiziente Konfliktlösungen entwickeln und zu einer friedlicheren Welt beitragen. Strukturelle Angleichungen in der Beschaffung von Ausrüstung und Material bieten außerdem das Potenzial für eine große Kostenersparnis. Klar ist aber auch: Unsere Bundeswehr soll

nicht durch eine europäische Armee ersetzt werden. Vielmehr wird die Bundeswehr ein elementarer Bestandteil der europäischen Verteidigungsunion sein. Eine einsatzbereite und gut ausgerüstete Bundeswehr kann dann einen verlässlichen Beitrag leisten.

### **Dr. Markus Söder, MdL**

*Ministerpräsident des Freistaates Bayern,  
CSU-Parteivorsitzender*

- seit 19. Januar 2019 Vorsitzender der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
- seit 16. März 2018 Bayerischer Ministerpräsident
- 2013 – 2018 Bayerischer Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat
- 2011 – 2013 Bayerischer Staatsminister der Finanzen
- 2008 – 2011 Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Gesundheit
- 2007 – 2008 Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Bayerischen Staatskanzlei
- 2003 – 2007 CSU-Generalsekretär
- 2000 – 2011 Vorsitzender der CSU-Medienkommission
- 1995 – 2003 Landesvorsitzender der Jungen Union Bayern, Mitglied im CSU-Präsidium
- seit 1994 Mitglied des Landtags
- seit 1983 Mitglied in CSU und JU

Anzeige

**OHB**

**Sicher. Überall. Jederzeit.**



AUFKLÄRUNG



KOMMUNIKATION



NAVIGATION

Das raumgestützte Radar-Aufklärungssystem SAR-Lupe liefert der Bundeswehr seit 2007 rund um die Uhr unabhängige Daten für alle Einsatzgebiete. Die bewährte Partnerschaft wird mit der Realisierung des Nachfolgesystems SARah fortgesetzt. Mehr über Deutschlands Raumfahrtssystemhaus erfahren Sie unter: [www.ohb-system.de](http://www.ohb-system.de)

**Ihr Systemhaus für die Dimension Raum.**

**We. Create. Space.**

# DIE HERAUSFORDERUNGEN DER NEUEN EU-KOMMISSION

## INTERVIEW MIT MONIKA HOHLMEIER



Monika Hohlmeier

**Frage:** Frau Hohlmeier, mit der Auswahl der neuen Kommissare werden die Weichen für die politische Arbeit der nächsten Jahre in Europa gestellt. Welche Herausforderungen stellen die neuen Kommissare vor die größten Probleme?

**Hohlmeier:** Eines ist sicher: auf die Kommissare wartet viel Arbeit! Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten stehen derzeit vor einer Vielzahl von Herausforderungen. Neben den Folgen des Klimawandels und der Umweltverschmutzung sowie dem demografischen Wandel in Europa, gibt es viele ungelöste Fragen wie die Zukunft Europas aussehen soll.

Gleichzeitig trübt sich die wirtschaftliche Lage in vielen Mitgliedsstaaten ein, der Brexit verursacht mehr als nur Kopfschmerzen und während es eine zunehmend feindselige Haltung der USA gegenüber dem internationalen Handel gibt, versucht China immer stärker seinen Fuß in Europa in die Tür zubekommen. Obendrein steigen die Flüchtlingszahlen aus der Türkei, was von allen Seiten mit Nervosität betrachtet wird. Auch die grenzübergreifende Kriminalität und die Terrorismusgefahr, wie sich leider zuletzt wieder in Paris gezeigt hat, sind nicht über Nacht verschwunden. Die neue Kommission steht vor riesigen Aufgaben, zumal – und das ist leider typisch für Europa – wieder mehr Nationalismus um sich greift, obwohl es offensichtlich ist, dass wenn wir in den großen Fragen wie Krieg und Frieden, Wirtschaft und Handel, Klima und Umwelt, Sicherheit und Migration, Forschung und Innovation nicht zusammenhalten, jeder einzelne Mitgliedsstaat nicht mehr viel zu sagen haben wird im Konzert der Großmächte, die die Welt beherrschen. Wir würden dann zu einer Art Schweiz im Weltkonzert.



Monika Hohlmeier mit Manfred Weber

**Frage:** Sie haben eben die wieder steigende Zahl von Flüchtlingen aus der Türkei angesprochen. Wie ist die Lage und was kann die EU tun?

**Hohlmeier:** Es gibt verglichen mit dem gleichen Zeitraum im Jahr 2018 51% mehr Ankünfte von Flüchtlingen in Griechenland. Insbesondere die Anzahl der Personen syrischer Herkunft steigt wieder.

Auf den griechischen Inseln Lesbos und Samos nimmt der Druck stetig zu, die wachsende Zahl von Migranten unterzubringen. Frontex hat uns informiert, dass die Hauptsaison unregelmäßiger Ankünfte in Griechenland 2019 länger dauern könnte als in den letzten Jahren, was zusätzliche Anstrengungen erfordert. Der Vorschlag von Annegret Kramp-Karrenbauer für eine Sicherheitszone ist völlig richtig. Die Reaktion von Außenminister Maas





zeigt die Doppelzüngigkeit der politischen Linken. Ständig moralisch hochwertige Parolen auf der Zunge, aber wenn es konkret darum geht, für Sicherheit und Frieden im Grenzbereich eines außer Rand und Band geratenen Nato-Bündnispartners zu sorgen und die mit uns ebenfalls im Kampf gegen den IS-Terrorismus verbündeten Kurden und die dortige Zivilbevölkerung vor Mord, Folter und Gräueln zu schützen, dann sollen die schwierigen Aufgaben wieder die anderen übernehmen. Mit leeren Reden sorgt man nicht für die Abnahme von Flüchtlingsströmen, für Wohlstand und Sicherheit sowie für Verlässlichkeit. Annegret Kramp-Karrenbauer hat Recht, wenn sie mehr Verantwortungsbewusstsein und eine bessere Ausstattung für die Bundeswehr fordert. Sicherheit braucht auch Verteidigung.

In der EU ist es unerlässlich, dass wir eine strategische Gesamtausrichtung des Asylrechts bekommen, das die Mitgliedsstaaten leider verweigern. Jedes Mitgliedsland hat ein anderes Problem. Wir müssten uns endlich auf ein harmonisiertes Asylverfahren einigen, damit nicht in einem EU-Land 80% einer Volksgruppe anerkannt werden und im anderen nur 5%. Wir brauchen gemeinsame Standards der Unterbringung.

Nicht so hoch wie in Deutschland, aber auch nicht so

lückenhaft und menschenfeindlich wie z. B. derzeit in Bulgarien, Italien, Ungarn oder Griechenland. Wir brauchen einen gerechten Verteilungsmechanismus für Flüchtlinge und eine konsequente Rückführungs- und Abschiebepolitik in die Heimatländer oder sichere Drittstaaten. Hier versagen fast alle Mitgliedsstaaten. Je länger Asylberechtigte, die keinerlei Beitrag zum Arbeitsmarkt und zu den Sozialsystemen leisten, durch Missbrauch unseres Rechtsstaats in der EU verbleiben dürfen, desto größer ist der Anreiz sich an keine Regeln zu halten. Dieser Teufelskreis muss endlich durchbrochen werden und die Mitgliedsstaaten müssen gemeinschaftlich handeln.

Der internationale Kampf gegen Menschenhändler muss verstärkt werden und die Informationen und Möglichkeiten, sich für eine legale Einreise in ein EU-Land zu bewerben, sind auszubauen. Die Behinderung des Aufbaus eines effektiven Grenzschutzes mit Hilfe von FRONTEX muss sich aufhören und die Aufstockung auf 10.000 Mann konsequent durchgezogen werden.

Letzter und fast wichtigster Baustein ist der Marshallplan für Afrika. Mehr Partnerschaft, Handel, wirtschaftlicher Aufbau gepaart mit einer Energieversorgung aus erneuerbaren Energien und klugen Umweltmaßnahmen (Entplastifizierung der Küsten und Meere, Müllentsorgung und Wiederverwendung) sind nicht nur kluge Entwicklungs-



Der Marshallplan mit Afrika ist ein wichtiger Baustein zur Bekämpfung von Fluchtursachen

hilfe, sondern auch ein Förderprogramm für unsere und die afrikanische Wirtschaft. Faire Partnerschaft und Erweiterung der europäischen Einflussphäre ist wesentlich.

**Frage:** Ein großes Thema in Brüssel ist die sich derzeit im Aufbau befindende Europäische Staatsanwaltschaft (EPPO, engl. European Public Prosecutor's Office). Wann genau

wird die Behörde zum Einsatz kommen und welchen Mehrwert erhofft man sich?

**Hohlmeier:** EPPO soll voraussichtlich Ende nächsten Jahres bzw. Anfang 2021 die Arbeit aufnehmen. Als erste unabhängige Staatsanwaltschaft der EU mit dezentralen Staatsanwälten in den beteiligten Mitgliedsstaaten, wird die Behörde befugt sein, bei Straftaten, die den Haushalt sowie die finanziellen Interessen der EU schädigen, wie z. B. in schweren grenzüberschreitenden Fällen von Betrug, Korruption oder Mehrwertsteuerhinterziehung zu ermitteln, strafrechtlich zu verfolgen und Täter vor Gericht zu bringen.

Das ist dringender denn je, denn allein durch grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrug entsteht in der EU ein Schaden von 50 - 100 Mrd. € im Jahr. Wenn man sich die enormen Schäden, die durch Korruption und Geldwäsche entstehen, ansieht, dann werden wir die EPPO deutlich besser ausstatten müssen als bisher vorgesehen. Die europäischen Betrugsbekämpfungsbehörde OLAF, die eng mit EPPO zusammenarbeiten wird, gab im Jahr 2018 insgesamt 256 Empfehlungen ab, um 371 Mio. EUR missbrauchter Fördermitteln der EU zurückzufordern. 2017 waren es sogar mehr als drei Milliarden Euro.

Einige unserer Mitgliedsstaaten verfolgen die Straftaten nicht mit ihrer eigenen Justiz, so dass hier der Europäi-

Anzeige

# VERTEIDIGUNG BEGINNT DORT, WO WIR SIE NICHT SEHEN.

Airbus ist als unabhängiger Anbieter modernster Verteidigungs- und Raumfahrttechnologien weltweit führend. Mit einem Netzwerk aus smarten Ressourcen verschaffen wir unseren Kunden strategische Vorteile in einem sich rasant verändernden Umfeld. Von Militärflugzeugen über Satelliten und unbemannten Systemen bis zu Services für Cybersicherheit, satellitengestützte Aufklärung und sichere Kommunikation: Regierungen auf der ganzen Welt verlassen sich auf uns. Seit über fünfzig Jahren.

Sicherheit. We make it fly.

[airbus.com](http://airbus.com)   

**FLY**  
**WE MAKE IT**

# AIRBUS



*Mit der Europäischen Staatsanwaltschaft sollen grenzüberschreitende Delikte effektiver verfolgt werden können*

sche Staatsanwältin eine wesentliche Aufgabe zukommt. Die ehemalige Leiterin der rumänischen Antikorruptionsstaatsanwaltschaft Laura Kövesi, die EPPO zukünftig leiten wird, kann sich sicher sein, dass Ihr Schreibtisch nie leer sein wird.

**Frage:** Als ehemalige Vorsitzende der Sky & Space Inter-group haben Sie sich jahrelang für die Belange der Luft- und Raumfahrt auf europäischer Ebene eingesetzt. Hat man in Europa endlich den strategischen Nutzen des Weltraums erkannt?

**Hohlmeier:** Auf jeden Fall! Mit dem Erdbeobachtungsprogramm Copernicus haben wir ein unabhängiges europäisches Beobachtungssystem, das uns nicht nur in Fragen der Klimaforschung, sondern auch bei der Überwachung der Land- und Meeresumwelt oder der EU-Außengrenzen sowie im Kampf gegen Verbrecher hilft.

Durch das Satellitennavigationssystem Galileo sind wir nicht nur auf Augenhöhe mit den Amerikanern, wir haben unsere Unabhängigkeit in diesem Sektor erreicht. Unser Satellitennavigationssystem ist derzeit das Beste und Präziseste weltweit. Im Bereich der verschlüsselten Kommunikation ist Europa mit dem Satellitenprogramm Governmental Satellite Communications (GOVSATCOM) dabei die Infrastruktur für sichere Kommunikation zwischen Mitgliedsstaaten zu gewährleisten. Die Bedeutung der Schnittstelle Weltraum, Sicherheit und Verteidigung wird in den nächsten Jahren noch stark zunehmen. Ich halte es deswegen für unabdingbar die finanziellen Mittel für das EU-Weltraumprogramm signifikant zu erhöhen, wenn wir mit den USA, China und Russland mithalten wollen.

Die USA haben dieses Jahr beispielsweise ein „Space Command“ eingerichtet. Dabei handelt es sich um ein Führungskommando der US-Streitkräfte für Einsätze im

Weltraum, dass die amerikanischen Ansprüche im Weltraum strategisch verfolgen soll. Damit Europa mithalten kann, fordert das EU-Parlament 16.7 Mrd. EUR für das europäische Weltraumprogramm in den nächsten sieben Jahren, denn Europas Zukunft wird auch im Weltraum entschieden.

### **Monika Hohlmeier, MdEP**

#### **Politische Ämter:**

- seit 2009: Kooptiertes Mitglied des Kreisvorstands der CSU Lichtenfels
- 2009: Kooptiertes Mitglied des Bezirksvorstands der CSU Oberfranken
- seit 2015: Kooptiertes Mitglied des Parteivorstands der CSU in Bayern
- seit 2009: Mitglied des Europäischen Parlaments

#### **Parlamentarische Tätigkeiten:**

- Vorsitzende im Haushaltskontrollausschuss (CONT)
- Mitglied im Haushaltsausschuss (BUDG)
- Mitglied in der Konferenz der Ausschussvorsitze (CPCO)

#### **Ehrenamtliche Tätigkeiten:**

- seit 2010: Kreisvorsitzende der Europa-Union, Kreisverband Lichtenfels
- seit 1997: Vorsitzende des Vereins Bürgertreff
- seit 1996: Vorsitzende des Vereins der Freunde des Klosters Waldsassen
- seit 1986: Vorsitzende des Vorstands der Josef und Luise Kraft-Stiftung
- seit 1984: Stellvertretende Vorsitzende des Stiftungsrats der Marianne Strauß Stiftung



**Impressum**

**Herausgeber:** Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik (ASP) der CSU • **Konzept & Gestaltung:** itslive GmbH

**Bilderquellen:** Shutterstock, Bundeswehr sowie privates Bildmaterial

**Redaktion:** ASP-Landesgeschäftsführer Philipp von Puttkamer • **Kontakt Redaktion:** [asp@csu-bayern.de](mailto:asp@csu-bayern.de) • **Stand:** November 2019

**Hinweis:** Die Beiträge in dieser Zeitschrift geben die Meinung des Verfassers, nicht aber die der Redaktion oder des ASP wieder.